

Sehr geehrter Herr Minister Beermann,

wir wenden uns an Sie mit der dringenden Bitte, das Planfeststellungsverfahren für den Bau der Raststätte Havelseen am Standort Satzkorn zu stoppen, bzw. das Verfahren nicht zu starten.

Anfang November hat der Landesbetrieb Straßenwesen den Antrag auf Start dieses Verfahrens gestellt, ohne zuvor die BürgerInnen und die Ortspolitik zu beteiligen. Die meisten direkt Betroffenen haben von den Plänen aus der Presse erfahren.

Wir haben daher gemeinsam mit dem Landesbauernverband, dem NABU Brandenburg, dem BUND Brandenburg und zahlreichen weiteren Verbänden, Vereinen und Parteien eine Petition an den Landtag Brandenburg gerichtet, mit der Forderung, das Planfeststellungsverfahren nicht zu starten und den Standort neu zu bewerten (Pet.-Nr. 708/7).

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass im Landtag ein politischer Diskurs zu dieser Petition und über das Bauprojekt stattfinden kann und dass Flächeneigentümer, Bevölkerung, Stadt und andere Träger öffentlicher Belange entsprechend den Richtlinien des Landesbetriebes für Straßenwesen und dem Handbuch für gute Bürgerbeteiligung des BMVI vor dem Start des Planfeststellungsverfahrens einbezogen werden.

Diese Diskussion ist nötig, denn die Planungsgrundlagen für das bisherige Konzept der Raststätte erfüllen unseres Erachtens heutige Anforderungen an Nachhaltigkeit nicht mehr. Sie widersprechen in vielen Punkten den Nachhaltigkeitskriterien der Bundesregierung und den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg.

Das Baugenehmigungsverfahren wird für eine rund 350.000 m² große Raststätte an einem Ort eröffnet, der sich auf einem für Brandenburg extrem hochwertigen Acker befindet, bisher nicht von Flächenversiegelung und Lichtverschmutzung betroffen ist, in einem artenreichen Biotopverbund zwischen zwei Naturschutzgebieten liegt und das Lebensumfeld mehrerer Dörfer massiv schädigen würde. Eine solche Entscheidung ist aus unserer Sicht nicht mit einer modernen, an Ressourcenschonung orientierten Verkehrspolitik vereinbar.

Wir wissen, dass Parkraum für LKWs benötigt wird. Wir sind jedoch der Meinung, dass es sich lohnt, nach einem Weg zu suchen, der keine so großen Kollateralschäden verursacht.

Gelebte Demokratie geht nur mit den Menschen vor Ort. Wir erhoffen uns von Ihnen eine Politik, die diesen Dialog nicht scheut, und die uns die Zeit einräumt, die dafür nötig ist.

Es gibt hier vor Ort einen großen Bedarf nach Informationen, der in der jetzigen Situation nicht annähernd angemessen befriedigt werden kann. Von uns unter Coronabedingungen organisierte Veranstaltungen wurden überrannt, viele Menschen standen draußen im Regen und konnten aufgrund begrenzter Teilnehmerzahlen nicht teilnehmen. Treffen kommen nicht zustande, weil Beteiligte unter Quarantäne stehen oder sich als Risikogruppe schützen müssen. Wir meinen, dass der Gesundheitsschutz, aufgrund dessen die Planerin des Landesbetriebes Straßenwesen ihre Teilnahme an einer Stadtverordnetenversammlung in Potsdam abgesagt hat, auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zugestanden werden sollte.

Der Verweis des Landesbetriebes auf Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens kommt bei den Menschen vor Ort als zynisch und bürgerverachtend an. Das Verfahren zur Planung dieser Raststätte startete, wie wir jetzt wissen, bereits im Jahr 1998. Es erschließt sich nicht, weshalb jetzt mitten in der Pandemie solche Eile geboten und weshalb auf die eigentlich selbstverständliche Beteiligung von Politik und Bürgern verzichtet wurde. Ein Einwohner aus Paaren beschrieb es folgendermaßen: „Wenn ich bauen möchte, dann spreche ich vorher mit

den Nachbarn. Das ist für mich nicht einmal Demokratie. Das gebietet doch schon der menschliche Anstand.“

Wir bitten Sie daher dringend: Stoppen Sie umgehend den gestellten Antrag auf Start des Planfeststellungsverfahrens, ein Wunsch, der im Übrigen auch von der Potsdamer Politik mitgetragen wird. Schaffen sie den Boden für einen fruchtbaren politischen Prozess nach dem Ende der Pandemie Die Menschen vor Ort werden es Ihnen danken.

Wir freuen uns auf einen konstruktiven Dialog!

Ihre

Bürgerinitiative Potsdamer Norden